



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE Protest gegen Sozialabbau

Protest gegen das steirische Landesbudget 2011/12

www.linkewoche.at/

Alle auf zur Demo! Fr.25.3. 15:00 Südtirolerplatz. Graz

WIR FORDERN DIE RÜCKNAHME ALLER ANGEKÜNDIGTEN SPARMASSNAHMEN IM SOZIALBEREICH

Das Doppelbudget Voves/Schützenhöfer ist eine „Doppelwatsche“ für die SteirerInnen.
Für das Budgetloch von über 100 Mio Euro (2009) zeichnet Voves verantwortlich!

Werden die Verursacher nie zur Verantwortung gezogen?

Sonderbar, dass die Steiermark trotz 2,2 % prognostiziertem Wirtschaftswachstum keine zusätzlichen Einnahmen lukrieren kann. Die Reichen sollen ja nicht angetastet werden!

Für uns Andere gibt es nur mehr Schulden

Im letzten Jahrzehnt wurde der neo-liberale Virus – der Ausverkauf des Öffentlichen Eigentums – nicht nur von der Handels- und Wirtschaftskammer, sondern auch von der SPÖVP verbreitet. Wer solchen Schaden am Gemeineigentum anrichtet gehört vor ein „Gericht“.

Die Landesregierung plant bereits weitere strukturelle Reformen (Vollath). Es sollen anscheinend alle Sektoren der Daseinsvorsorge, wie: Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Wohnen, Kindergärten, Seniorenheime, Zugang zu unabhängigen Informationsquellen usf. ausgelagert und privatisiert werden.

Somit werden alle Selbstbehalte und Abgaben in diesen Bereichen für die Betroffenen steigen.

Zur Rettung des Kasino-Kapitalismus aus der Krise von 2008 haben die PolitikerInnen – ohne Parlamentsbeschluss, geschweige denn einer Befragung der Bevölkerung - den Banken Milliarden in den gähnenden Rachen geschoben, damit diese weiter spekulieren können. Drei Jahre später bekommt die Bevölkerung die Rechnung in Form von Budgetlöchern serviert.

Unter den zahlreichen Abgaben an die EU, wie 12 Mrd. € für den „Rettungsschirm“ und sonstigen Nettzahlungen, müssen wir auch für Euratom zahlen - zur Förderung der defizitären Atomindustrie - oder etwas zynischer gesagt : zur Förderung atomarer japanischer Zukunftsszenarien auch in Europa.

Wir fordern:

- sofortige Eintreibung der aus ständigen Sozialabgaben und Steuern der Wirtschaft
- sofortige Reduzierung der zu zahlenden Zinsen für die Staats- bzw. Landesdarlehen auf 1%
- sofortige Rücknahme aller angekündigten Einsparungsmaßnahmen im Sozialbereich
- keine Neuverschuldung ohne Volksbefragung

DIE REICHEN MÜSSEN FÜR IHRE KRISE SELBER ZAHLEN Empört EUCH!! Engagiert EUCH!!

Nur wenn wir den Druck massiv – wie in Tunesien und in Ägypten - von der Basis aus erhöhen, kann eine weitere Umverteilung von ARM zu REICH verhindert werden.